

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

14.1.1921 (No. 11)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expeditor:
Karlstr. 10
Erlaubnis:
Nr. 253
und 254
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 2515.

Verantwortl.
Hauptgeschäft-
leiter
C. Freund
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Buchdruckerei
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts bei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder bei Überweisungen tarifierter Banken, oder als Kassenbillet gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, mangeltweiliger Verteilung und Kontoführungen fällt der Kassenbillet. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewehr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Ämtlicher Teil. Zur Anzeigensteuer.

Die Anzeigensteuer für die Übernahme von Anzeigen, die zunächst auf 10 v. H. des Entgelts bestimmt ist, wird in § 27 des Gesetzes für Zeitungen und Zeitschriften nach der Höhe der Summe des vereinnahmten Entgelts gestaffelt. Der Reichsfinanzhof hat in einem vom Reichsfinanzministerium eingeholten Gutachten vom 24. Dezember 1920 aus rechtlichen Erwägungen und auf Grund der Entstehungsgeschichte der Anzeigensteuer zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Staffelung sich nur auf ein volles Jahr beziehen könne; daher bestimme die Festsetzung des Steuerabschnitts für die Anzeigensteuer bei Zeitungen oder Zeitschriften auf 1. Kalendervierteljahr im § 82 Absatz 3 Satz 5 und § 138 Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen, die zu lebhaften Angriffen und Vorstellungen der Verbände der Zeitungsverleger und der Presse geführt hat, in jeder Weise zu Recht.

Vor der Konferenz der Ministerpräsidenten.

aus Berlin wird uns geschrieben: Die auf den 10. Januar anberaumte Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten in Paris wird voraussichtlich die Entscheidung über einige Fragen bringen, die auch für das innere Leben des Reichs von allergrößter Bedeutung sind, so insbesondere über die Frage der Einwohnerwehren.

Die englischen Presseäußerungen, die dieser Konferenz präcediert haben, waren zur Abwechslung wieder einmal auf den Ton der Mäßigung gestimmt und man scheint sich insbesondere in Bayern versucht zu fühlen, auf diese Mäßigung ziemlich weitgehende Hoffnungen zu setzen, obwohl alle bisherigen Erfahrungen jedem Optimismus in dieser Richtung wehren sollten. In Wahrheit eifert kein Grund zu der Annahme, daß diese Hoffnungen weniger enttäuscht werden, als die Zuversicht, die man in München lange Zeit in die französischen Diplomaten gesetzt hat.

Wahrscheinlich sind Frankreich und England in der Praxis der gegen Deutschland gerichteten Maßnahmen immer zufriedener; und wenn versichert wird, das werde auch in der Entwaffnungsfrage geschehen, so hat das sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich. Es ist ja möglich, daß in der Festsetzung der Fristen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt wird, aber weiter wird dieses Entgegenkommen sicherlich nicht gehen und man tut gut, sich von vornherein darauf einzurichten.

Es wird darauf ankommen, ob die Staatsmänner und die Entente sich klar darüber werden, daß es ein auch für sie bedenkliches und gefährliches Experiment ist, die Stützen der Ordnung in Deutschland so vollständig abzusagen. Die kommunistischen Ausschreitungen in Posen und Hamburg, auch die ungläublichen Vorgänge in der Berliner Stadtkommandantur vom 6. Januar, wo man schließlich zur Räumung nicht etwa der tosenden Tribünen, sondern des Sitzungssaales (!) schreiten mußte, sind immerhin ernste Warnungszeichen, und man möchte sich in London und Paris, insbesondere aber in Paris, eigentlich sagen, daß die Ruhe in Deutschland gleichbedeutend ist mit der Ruhe in Europa, und daß diese mit jener rechtungslos zusammenhängt.

In den schon erwähnten Ausführungen Poincarés spielt auch die Möglichkeit eines deutschen „Militaristenstreiks“ gegen Frankreich eine Rolle. Diese Möglichkeit ist in Wahrheit nicht vorhanden; es gibt keinen Militarismus und keine aktionsfähigen Militärs in Deutschland mehr, und wir sind uns unserer Wehrlosigkeit so voll bewußt, daß wir nicht daran denken, irgendwo einzugreifen, sei es in Frankreich, sei es etwa in Sowjetrußland. Wir sind aber in all unserer Ohnmacht zwischen zwei lebendigen und angriffslustigen Militärs, zwischen dem Frankreich und dem Lenin, eingeklemmt, und werden uns, wenn wir leben wollen und weil wir leben wollen, wohl fühlen, dem einen oder dem anderen ins Land zu ziehen, wie wir uns auch sehr dafür bedanken werden, etwa ein westeuropäisches militärisches Mandat gegen Sowjetrußland anzunehmen oder gar anzustreben.

Unsere Aufgabe und die einzige Möglichkeit unserer Rettung liegt in der Arbeit. Durch sie und durch sie allein können wir in unserem Teile mitwirken an der Lösung der großen Krise, die sich doch mehr und mehr als eine Weltkrise darstellt. Die mit Riesenschritten wachsende Arbeitslosigkeit in England spricht wahrlich eine bedrückende Sprache, aber auch aus Amerika lauten die Nachrichten nicht sehr viel günstiger und es ist nicht zu verwundern, daß

man auch dort vor überflüssigen und folgeschweren militärischen Ueberhebungen, wie es die Besetzung des Ruhrgebietes wäre, nachdrücklich warnt. Die Welt kann eben nur durch friedliche Arbeit genesen!

Für die friedliche Arbeit Deutschlands ist aber auch die baldige Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien und die Lösung der oberschlesischen Frage in dem einzig möglichen, nämlich im deutschen Sinne eine unerläßliche Voraussetzung. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß die polnische Mark heute einen Wert von etwa 8 Pfennig, sage und schreibe von acht deutschen Pfennig hat, um sich völlig klar darüber zu sein, daß Oberschlesien seine ungemein wichtige Rolle für den Wiederaufbau der friedlichen Arbeit der Welt nur in deutschen Händen spielen kann. Ist es für Deutschland verloren, so ist es auch für Europa und die Welt und schließlich selbst für Polen verloren, das ohne ein gut nachbarschaftliches Verhältnis zu Deutschland doch nicht zu leben vermag.

Die eisen- und metall- verarbeitende Industrie im Jahre 1920.

aus dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin wird uns geschrieben:

Für die eisen- und metallverarbeitende Industrie war das Jahr 1920 fast durchweg ein Jahr des wirtschaftlichen Rückschlusses. Der Hauptgrund war der stetige Kohlenmangel, der auf die Wirkungen des Spa-Abkommens zurückzuführen ist. Dazu kamen Transporterschwierigkeiten, deren Ursache wieder im Kohlenmangel liegt und Streiks. Besonders stark wurden im letzten Vierteljahr diejenigen Betriebe durch den Brennstoffmangel beeinträchtigt, die auf hochwertige Kohlen angewiesen sind. Mit dem Kohlenmangel Hand in Hand ging ein Mangel an Rohstoffen, deren Beschaffung zu Anfang des Jahres durch die hohen Preise der Grobeisenindustrie erschwert wurde. Als dann im zweiten Vierteljahr die Eisenpreise zurückgingen, war infolge der Abschweifigkeiten der Bedarf an Rohstoffen an sich geringer, so daß die benötigten Mengen mühevoll beschafft werden konnten, bis gegen Ende des Jahres auf verschiedenen Gebieten infolge der auch auf der Großindustrie lastenden Kohlennot erneuter Rohstoffmangel eintrat.

Zur Regelung der Aus- und Einfuhr wurden im Laufe des Jahres Außenhandelsstellen in Form von Selbstverwaltungskörpern gegründet, in denen Vertreter der Industrie, des Handels und der Verbraucher, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Regelung des Außenhandels zusammen arbeiten. Der Auslandsabsatz war im Anfang des Jahres im ganzen betrübend mit dem Steigen der Mark setzte jedoch ein Zurückgehen der Aufträge aus dem Auslande ein. Als im August der Rückgang der deutschen Valuta erneut sichtbar wurde, konnte man auf eine Neubelebung des Auslandsverkehrs hoffen; doch blieb die tatsächliche Wirkung weit hinter den Erwartungen zurück. Die Absatzförderung betrug immer noch in den meisten Industrien mehr als 50 Prozent gegenüber dem Geschäft in den Vormonaten. Dieser Sachlage wurde durch Ermäßigung oder Aufhebung der Ausfuhrabgabe für die meisten Erzeugnisse Rechnung getragen. Wenn in den einzelnen Industriezweigen das Ausfuhrgeschäft zeitweise einigermaßen befriedigend war, so hatten fast alle Gebiete nur einen ganz unbedeutenden Inlandsabsatz aufzuweisen, da die schlechten finanziellen Verhältnisse im Inlande und die stetige Erwartung eines Preissturzes Kaufkraft und Kauflust lähmten.

Am wenigstens einigermaßen die Betriebe im Gange zu erhalten, wurden die Erzeugnisse auf Lager genommen. In den hohen Anforderungen, die dieses Verfahren an die Kapitalkraft der Werke stellte, fanden die mehr und mehr sich geltend machenden Zusammenschlußbestrebungen von Werken gleicher Produktionsrichtung teilweise ihre Grundlage. Neben derartigen Besprechungen auf horizontaler Grundlage machten sich auch solche vertikaler Richtung bemerkbar, vor allem zwischen weiter verarbeitender und Grobeisenindustrie zwecks Sicherung der Rohstoffbelieferung. Trotz aller Notmaßnahmen konnten Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen nicht umgangen werden.

So sah sich die eisen- und metallverarbeitende Industrie am Ende des Jahres in einer wenig günstigen Lage, die sich namentlich für die Fahrzeugindustrie, die Feinmechanik und Optik, für die Musikinstrumenten-, Klein- und Sägezahnindustrie zu einer gefährlichen Krise steigern kann.

Für die einzelnen Zweige ergibt sich nachstehend:

1. Sägezahnindustrie: Die Industrie suchte dem Zurückgehen des Absatzes durch eine erhebliche Preiserhöhung zu steuern. Eine leichte Belebung des darniederliegenden Auslandsgeschäftes trat im September ein, doch blieb die Beschäftigung nach wie vor nicht genügend. Fortlaufend verschlechterte sich die Zufuhr von Rohmaterialien, namentlich von Gußbruch, die zusammen mit der mangelhaften Kohlenbelieferung zu Arbeitsbeschränkungen in vielen Betrieben führte.

2. Eisen- und Stahlerzeugnisse: Für die erste Hälfte des Jahres waren hier keine unbefriedigenden Merkmale, abgesehen von der mangelhaften Rohstoffbelieferung der Grobeisenindustrie zu verzeichnen. Im August erhob sich unter der Wirkung des Spa-Abkommens besonders die Frage über schlechte Stromversorgung. Die bisher ungenügende Eisenbelieferung wurde gegen Ende des Jahres ausreichend, da der Verbrauch der Werke an sich geringer wurde. Die Ausfuhr nahm ständig ab und hatte im September die niedrigste Biffer seit dem August des Vorjahres aufzuweisen. Auch im Inlande konnte trotz starker Preisabschlüsse die Verkaufsmöglichkeit nicht gehoben werden. Marktrückgang und Preisabbau brachten für Oktober und die Folgezeit eine Neubelebung des Ausfuhrgeschäftes, das allerdings schwer mit der immer mehr hervortretenden Auslandskonkurrenz zu kämpfen hatte.

3. Kleinereisenwaren: Mangelhafte Kohlenbelieferung und steter Rückgang des Absatzes im In- und Ausland führten die Industrie einer sehr gespannten Lage entgegen, namentlich im Solinger und Remscheidener Bezirk. Gegen Ende des dritten Quartals und darüber hinaus war in einzelnen Zweigen ein Anzeichen des Geschäftes zu bemerken, während andere (z. B. die Werkzeug-, Baubedarfs- und Schiffschuhindustrie) gänzlich darniederlagen. Die Werke waren vielfach zu Notstandsarbeiten gezwungen. Das Ausfuhrgeschäft wurde durch die Auslandskonkurrenz stark beeinträchtigt. Besonders bemerkenswert war das überaus starke Anwachsen der Kleinereisenbetriebe im letzten Vierteljahr dadurch, daß die Umstellung auf Friedensarbeit allmählich in Erscheinung trat.

4. Maschinenbau: Der zu Beginn des Jahres bestehende Rohstoffmangel hat sich zwar immer mehr gebessert, jedoch lastet das Kohlenabkommen von Spa gerade auf dieser Industrie. Stilllegungen und Betriebsbeschränkungen mehrten sich in erschreckender Weise. Der Auftragsbestand war hier günstiger und selbst am Ende des Jahres trotz steten Abnehmens der Aufträge immer noch besser als auf anderen Gebieten. Das Inlande war nach wie vor nicht in der Lage, Maschinen zu kaufen. Ganz trostlos ist die Lage der landwirtschaftlichen Maschinenfabriken. Der Marktrückgang war von geringem Einfluß, dagegen mehrten sich, abgesehen von der Kohlennot, die Hemmnisse für die Industrie in den Einfuhrsperremassnahmen einiger Länder und in der willkürlichen Auslegung des Friedensvertrages durch die Entente wie z. B. hinsichtlich der Dieselmotoren und Flugmotoren. Wesentlich war der Zusammenschluß der Maschinenfabriken mit der Grobeisenindustrie zur Verbesserung der Rohstoffversorgung.

5. Elektrotechnik: Hier ist das allgemein typische Bild dieses Jahres: mäßiger Auftragsbestand, Rückgang der Ausfuhr trotz zeitweiliger Steigerung der Ausfuhrwerte und Arbeitsbeschränkung. Zwar wirkte der Rückgang der Mark auf das Auslandsgeschäft etwas belebend, doch blieb der Absatz noch um mehr als 50 Prozent gegenüber dem der Vorkriegszeit zurück. Auch hier haben die Zusammenschlußbestrebungen zu Erfolgen geführt.

6. Waggonsbau: Das Geschäft war mäßig, aber im allgemeinen befriedigend; die Beschäftigung ist durch Aufträge des Auslandes auf einige Zeit ziemlich gesichert. Nur die hohen Betriebskosten und die mangelhafte Kohlenbelieferung werden immer mehr fühlbar.

7. Fahrzeuge: Das Geschäft lag während des ganzen Jahres sehr dumm. Mangelnder Auftragsbestand stellte die Weiterführung der Betriebe in Frage, führte zu umfangreichen Arbeitsentlassungen und legte gegenüber der Konkurrenz des Auslandes den Gedanken an einen Preisabbau nahe, ohne daß bisher in dieser Richtung etwas erreicht wurde. Die angebahnten Erleichterungen des Motorwagenverkehrs im Inlande können vielleicht zur Belebung der Industrie beitragen.

8. Schiffbau: Auch hier war im allgemeinen die Geschäftslage nicht besonders befriedigend. Besonders hemmend wirkte zunächst die Auslandskonkurrenz mit ihren billigen Preisen, und im ersten Teil des Jahres die überaus mangelhafte Belieferung mit Schiffsblechen und Profilen. Durch das Fehlen hochwertiger Kohle wurde in den letzten Monaten, namentlich die Bautätigkeit der Seeschiffswerften stark beeinträchtigt. Immerhin befanden sie sich noch in einer besseren Lage als die Binnen- und Bootwerften, die meist vollständig stilllagen. Die Rohstoffbelieferung der Seeschiffswerften besserte sich im letzten Teile des Jahres, vor allem dadurch, daß sich eine große Anzahl Werften mit Werken der Grobeisenindustrie zusam-

9. Metallwaren: Zu Anfang des Jahres waren die Ausführungsleistungen hier günstig; doch zeigte sich im dritten Vierteljahr eine starke Abnahme der Ausfuhr, sodass Arbeiterentlassungen teilweise bis zu einem Viertel der Belegschaften vorgenommen werden mussten. Im Oktober erfolgte ein allgemeiner Preisrückgang für Rohstoffe und Erzeugnisse.

10. Feinmechanik und Optik: Im Inlande waren fast keine Aufträge zu bekommen, während der Absatz nach dem Auslande unter den hohen Gestehungskosten und der schwankenden Valuta litt. Wenn auch der Oktober eine vorübergehende Erstarzung des Auslandsgeschäftes brachte, so wurde doch eine immer größere Arbeitseinschränkung notwendig. Trotz der geringen Produktion macht sich auch hier die Kohlennot fühlbar.

11. Musikinstrumente: Auf einen dauernden Rückgang in der Ausfuhr folgte im Oktober ein kleiner Aufstiege. Von einer Besserung der allgemeinen Geschäftslage konnte aber mit Rücksicht auf den schlechten Inlandsabsatz nicht gesprochen werden. Bei der allgemeinen Verteuerung der Lebensverhältnisse reicht die Kapitalkraft im Inland zur Anschaffung von Luxusgegenständen, wie es Musikinstrumente sind, nicht aus.

12. Uhren und Spielwaren: Beide Industrien standen im Anfang 1920, namentlich bezüglich des Auslandsabsatzes, im Zeichen der Hochkonjunktur. Gleich nach Ostern trat der Umschwung ein. Das Ausland annullierte die meisten Aufträge. In der Spielwarenindustrie folgte gegen Weihnachten eine Entspannung der Lage. Wenn auch die deutsche Spielwarenindustrie vom Auslandsmarkt nicht ganz verdrängt werden konnte, so ist durch die Auslandskonkurrenz und die Einfuhrsperre einiger Länder ein ernstes Hindernis geschaffen.

In der Uhrenindustrie besserte sich der Auslandsabsatz schon im August; dagegen litt der Inlandsabsatz weiter unter den hohen Gestehungspreisen. Der mit dem erneuten Kursfall der Mark einsetzenden Verschleuderung der Ware nach dem Ausland mußte durch das im Dezember erlassene Ausfuhrverbot für Uhren Einhalt geboten werden.

Politische Neuigkeiten.

41 Fragen.

Vor der Vertagung der Brüsseler Konferenz wurde den deutschen Sachverständigen von den alliierten Delegierten ein Fragebogen übergeben, dessen genaue Beantwortung den Verhandlungen der Konferenz nach der Wiederaufnahme ihrer Arbeiten als Unterlage dienen soll. Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ ist nun in der Lage, einige der den deutschen Unterhändlern vorgelegten Fragen im Wortlaut anzugeben. Die „Daily News“ bemerkt dazu, daß die deutschen Antworten wahrscheinlich auch der Konferenz der Ministerpräsidenten am 19. Januar vorgelegt werden würden. Der Fragebogen ist ein bemerkenswertes Dokument; die 41 Punkte, über die die Alliierten Aufschluß verlangen, zeigen das Bemühen der Sachverständigen, über die deutsche Zahlungsfähigkeit gründliche Aufklärung zu erhalten, um sich ein Urteil bilden zu können über die Möglichkeiten, die in der Frage der Festsetzung der Wiedergutmachungssumme in Betracht kommen.

Von den 41 Fragen wurden 36 von der britischen Delegation gestellt. Die Kapitalflucht und Deutschlands Ausfuhrhandel sind zwei der wichtigsten Punkte, über die die englische Regierung sich zu informieren wünscht. U. a. werden folgende Fragen gestellt:

1. Welche Politik hat die deutsche Regierung in Bezug auf die Ausgabe von Papiergeld? Welche Maßnahmen beabsichtigt die Regierung zu treffen, um dem unaufhörlichen Anwachsen des Papiergeldes, das das ganze deutsche Finanzsystem bedroht, Einhalt zu gebieten? 2. Wie verhält es sich mit der Kapitalflucht ins Ausland? 3. Wird Auskunft verlangt über die Höhe der Steuern, die vom Vermögen und von den industriellen Unternehmungen wohlhabender Privatpersonen erhoben werden. 4. Soll eine ins Einzelne gehende Tabelle über Deutschlands Einfuhr und Ausfuhr vorgelegt werden. Die Mengen sollen in Geldwert ausgedrückt werden. Der Ein- und Ausfuhrhandel Deutschlands in dem soeben zu Ende gegangenen Jahr soll verglichen werden mit dem Handel des Jahres 1919 und mit dem Durchschnitt der drei letzten Friedensjahre. Ferner soll angegeben werden, welche Beschränkungen für die Einfuhr nach Deutschland bestehen, welches ihr Zweck und ihre Wirkung ist, und wie lange sie aufrechterhalten werden sollen. 5. In welchem Verhältnis stehen die Schätzungen des letzten Haushaltsplans und die Warbestände, die das Finanzministerium erhalten hat? 6. Wie hoch belief sich genau die Gesamteinnahme des Reichs, der Länder und Gemeinden während des vergangenen Jahres? Ist es richtig, daß die Einnahmen Deutschlands, obwohl sie in einem Jahr von neunhundertfünfzig Milliarden auf dreißig Milliarden Mark gestiegen sind, aufgebraucht werden, lange bevor die Steuern ihren vollen Beitrag abwerfen? 7. Wird eine ungefähre Schätzung der Einnahmen und Ausgaben der Regierung während des Jahres 1920 erbeten. 8. In welcher Weise beabsichtigt die deutsche Regierung deutsche Staatsangehörige zu entschädigen für das in den alliierten Ländern beschlagnahmte Eigentum, das der deutsche Finanzminister auf neunzig Milliarden Mark schätzt? Wie kam er zu dieser Schätzung? 9. Wie sind die an Deutschland auf Grund des Abkommens von Spa geleisteten Verschüsse und Zahlungen verwendet und bis zu welchem Punkt sind die Ernährungsbedingungen der Bevölkerung und der Arbeiterschaft verbessert worden? 10. Welche Mengen von Zucker, Tee, Kaffee, Tabak, Spirituosen, Wein und Petroleum verbraucht Deutschland jährlich? 11. Soll eine Übersicht über die Staatsbeamten gegeben und ihre Zahl mit der des Jahres 1913 verglichen werden. 12. Eine Aufstellung über die Ausgaben, die der deutsche Staat vom Waffenstillstand bis heute für die alliierten Besatzungsmächte und die Militär- und Zivilkontrollkommissionen zu tragen hatte. 13. Welchen Betrag seiner auswärtigen Schuld hat Deutschland seit dem Waffenstillstand abgetragen? 14. Welches ist in bar der Gesamtbetrag des Eigentums und der Anteile, die Deutsche in auswärtigen Ländern haben? Die Gesamtsumme ist mit den Beträgen für 1919, 1918 und 1917 zu vergleichen. 15. Welches sind die Hauptursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland? Die Arbeitslosigkeit in Deutschland soll mit der anderer Länder verglichen werden. 16. Auskunft wird verlangt über die finanzielle Lage der deutschen Eisenbahnen. 17. über die Kohlenversorgung.

Landestheater.

An den beiden letzten Opernabenden, die uns Wiederholungen der „Lustigen Weiber von Windsor“ und der „Hochzeit des Figaro“ brachten, sang Herr Franz Biehler vom Landestheater in Schwerin die Partien des Falstaff und des Figaro. Der Gast, der sich um das Fach des Bassisten an unserer Bühne bewirbt, hinterließ im allgemeinen nur keinen reiflichen Eindruck, aber auch keinen direkt unangünstigen Eindruck. Seine Stimme ist allerdings weder besonders umfangreich, noch sonderlich ausgiebig, aber von passabler Klangfarbe, leicht ansprechend und technisch sorgfältig durchgebildet, so daß sie dem Willen des Künstlers in bemerkenswertem Grade gehorcht. Die dynamische Gestaltung und Abstufung ist — ich denke dabei vor allem an seinen Falstaff — innerhalb der angebotenen Grenzen auffallend gut und von musikalischem Feingefühl zeugend. Ob sich das Organ hinsichtlich der Klangfülle, namentlich nach der Tiefe zu, noch entwickeln wird, läßt sich schwer voraussagen. Das Spiel des Künstlers zeigt noch manches Unausgeglichenes. Dies muß für die Beurteilung billigerweise hauptsächlich sein Figaro herangezogen werden, da wir, was das Äußere des feinsten Sollenmatters anbelangt, durch die immerhin imponiertere Gestalt unseres seriösen Basses bewohnt sind. Freilich wies auch sein Spiel als Figaro gewisse Mängel auf. Dieser Figaro hatte zu wenig Überlegenheit, zu wenig Humor und Ironie; er war im ganzen zu wenig Beherrscher und Regisseur des ganzen led eingefädelten und flott durchgeführten Intrigenspiels. Einzelne Szenen des zweiten und dritten Aktes waren indessen sehr gut durchgearbeitet und ließen die Vermutung zu, daß Herr Biehler unter der Leitung eines tüchtig feingebildeten, befähigten und zielbewußten Regisseurs sich zu einer brauchbaren Kraft entwickeln könnte. Alles in allem genommen ist der Gast zwar wohl kaum der Künstler, wie er unserer Ensemble zu wünschen wäre, doch könnte er immerhin im Auge behalten werden, falls sich keine offensichtlich geeigneteren Persönlichkeiten finden sollte.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: „Der bruch“, dramatische Dichtung in 3 Akten von F. v. H. v. H.

chem Verhältnis stehen die Schätzungen des letzten Haushaltsplans und die Warbestände, die das Finanzministerium erhalten hat? 6. Wie hoch belief sich genau die Gesamteinnahme des Reichs, der Länder und Gemeinden während des vergangenen Jahres? Ist es richtig, daß die Einnahmen Deutschlands, obwohl sie in einem Jahr von neunhundertfünfzig Milliarden auf dreißig Milliarden Mark gestiegen sind, aufgebraucht werden, lange bevor die Steuern ihren vollen Beitrag abwerfen? 7. Wird eine ungefähre Schätzung der Einnahmen und Ausgaben der Regierung während des Jahres 1920 erbeten. 8. In welcher Weise beabsichtigt die deutsche Regierung deutsche Staatsangehörige zu entschädigen für das in den alliierten Ländern beschlagnahmte Eigentum, das der deutsche Finanzminister auf neunzig Milliarden Mark schätzt? Wie kam er zu dieser Schätzung? 9. Wie sind die an Deutschland auf Grund des Abkommens von Spa geleisteten Verschüsse und Zahlungen verwendet und bis zu welchem Punkt sind die Ernährungsbedingungen der Bevölkerung und der Arbeiterschaft verbessert worden? 10. Welche Mengen von Zucker, Tee, Kaffee, Tabak, Spirituosen, Wein und Petroleum verbraucht Deutschland jährlich? 11. Soll eine Übersicht über die Staatsbeamten gegeben und ihre Zahl mit der des Jahres 1913 verglichen werden. 12. Eine Aufstellung über die Ausgaben, die der deutsche Staat vom Waffenstillstand bis heute für die alliierten Besatzungsmächte und die Militär- und Zivilkontrollkommissionen zu tragen hatte. 13. Welchen Betrag seiner auswärtigen Schuld hat Deutschland seit dem Waffenstillstand abgetragen? 14. Welches ist in bar der Gesamtbetrag des Eigentums und der Anteile, die Deutsche in auswärtigen Ländern haben? Die Gesamtsumme ist mit den Beträgen für 1919, 1918 und 1917 zu vergleichen. 15. Welches sind die Hauptursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland? Die Arbeitslosigkeit in Deutschland soll mit der anderer Länder verglichen werden. 16. Auskunft wird verlangt über die finanzielle Lage der deutschen Eisenbahnen. 17. über die Kohlenversorgung.

Die Hauptfrage, die die französische Delegation stellt, zeigt, daß Frankreich besorgt ist, die strittige Angelegenheit der relativen Steuerlasten in den beiden Ländern zu klären. Die Frage lautet: welches ist der Betrag der Besteuerung pro Kopf der deutschen Bevölkerung? Der Berichterstatter fügt hinzu, man vermute, daß das Verlangen der Alliierten, Einzelheiten über die Besteuerung wohlhabender Privat-Einkommens zu erfahren, auf Hugo Stinnes, Deutschlands Kohlenkönig, und andere Magnaten abziele.

Zur Beamtenbewegung.

Nach den bisherigen Vereinbarungen zwischen Regierung und Beamten, so sagte Reichsfinanzminister Dr. Birk zu einem Mitarbeiter der „Boschischen Zeitung“, würde das Reich jährlich für Beamtenbesoldung 2,8 Milliarden mehr aufwenden müssen. Kämen nun noch neue Forderungen dazu, dann würden es 3,8 Milliarden werden. Die Mehrbelastung, die sich für Länder und Gemeinden ergeben würde, werde auf die gleiche Summe geschätzt, also wieder auf 3,8 Milliarden. Woher aber sollen, fuhr der Minister fort, die Länder und Gemeinden diese gewaltigen Summen aufnehmen? Es werde darauf hinauslaufen, daß das Reich auch den Mehraufwand für Beamtenbesoldung der Länder und Gemeinden werde übernehmen müssen. Es werde nur möglich sein, dahin zu kommen durch eine Erhöhung sowohl der Personen- wie Gütersteuer und eine Erhöhung der Brief-, Telegramm- und Telephongebühren.

In finanzpolitischen Ansehung des Reichswirtschaftsrates ist die Jungstellensteuer angestreift worden. Ihr Erträgnis würde jedoch nur gering sein. Weit höhere Erträgnisse würden aus einer Erhöhung der Kohlensteuer, die bis zum 1. März gilt, und einer Erhöhung der Umsatzsteuer und aus der Einführung einer Zudecksteuer kommen.

Die das „Berl. Tagbl.“ erzählt, wurde auf der Finanzministerkonferenz eine Resolution gefaßt, in der die Vertreter der Länder schwere Bedenken gegen die Verabschiedung erheben, die die Reichsregierung durch die Verhandlungen mit den Beamten über die Erhöhung der Teuerungszuschläge getroffen hat. Es erlaute, daß die Länder ihre Zustimmung davon abhängig machen, daß diese Verabschiedung die Höchstgrenze bildet und daß die Deckung der Mehrausgaben durch den Betrag neuer Steuern erfolge. Inzwischen haben vorgestern innerhalb der Eisenbahnorganisationen im allgemeinen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Besprechungen stattgefunden, in denen der Beschluß gefaßt wurde, das nach vielen Bemühungen im Verkehrsministerium zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnen zustande gekommene Kompromiß nicht als bindend zu betrachten. Ferner wurde beschlossen, weitere Forderungen an die Reichsregierung zu stellen, nach denen eine abermalige Mehrbelastung des Reiches um ungefähr 1 Milliarde Mark sich ergeben würde.

geht als Uraufführung am Samstag, den 15. d. M. auf der Landestheaterbühne in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Ludwig Unger als Sohn, Marie Franendorfer als Mutter, Ulrich von der Trenk-Ulrich als zweiter Sohn. Die Rolle der Eva liegt in den Händen von Adele Kreuznach, während Paul Poschen, Robert Büttner, Erich Golt weitere Aufgaben übernommen haben. In Szene gesetzt wurde das Werk von Felix Baumgardt. — Der Autor wird der Vorstellung anwohnen.

In der am nächsten Sonntag stattfindenden Aufführung von Wagner's „Lohengrin“ wird Herr Wally Illen vom Friedrichstheater in Dessau sich mit der Titelpartie um die freiverdende Stelle des Heldentenor's bewerben.

„Grüner Rhombus“ im Karlsruher Künstlerhaus.

Karlsruhe hat jetzt endlich ein Kabarett, das wirklich großstädtisch genannt werden darf und wohl auch vor dem kritischen Auge des durch die Berliner, Münchener, Dresdner und Frankfurter Kabarettis verwöhnten Fremden bestehen wird. Ob es sich beim Karlsruher Publikum durchsetzt, ist die Frage. Wir wünschen aufrichtig, daß diese Frage mit einem „Ja“ beantwortet werden möchte.

Wenn man sich schon in einer Stadt über 100 000 Einwohnern Kabarettis leistet, so soll man natürlich auch gleich das Beste vom Guten bieten, ein richtiges Kabarett aufmachen und sich nicht erst bei allerlei Mißformen und bei allerlei Konzeptionen aufhalten.

Damit ist nun natürlich nicht gesagt, daß man überhaupt keine Konzeption zu machen habe. Ein Kabarett in Karlsruhe wird eben doch immerhin ein klein wenig gebändigter in Erscheinung treten müssen, als z. B. in Berlin. Beherrschende Faktoren sollen der gute Geschmack, der Witz, und die Kunst sein.

Wissen wir den gestrigen Eröffnungsabend des im großen Saal des Künstlerhauses untergebrachten Kabarett's „Grüner Rhombus“ mit diesen Maßstäben, so ist das Erträgnis nicht und verheißungsvoll.

Reichsminister Koch über die Haltung Bayerns.

Im Hauptauschuß des Reichstags erwiderte Reichsminister Koch auf eine Beschwerde des Abg. Simon über die Haltung der bayerischen Regierung: Auch er halte es für unangebracht, daß der bayerische Kultusminister bei der amtlichen Eröffnung des Germanischen Museums, noch dazu in seiner Eigenschaft als eines Mitglieds der republikanischen Reichsregierung, von dem einstweilen verfunkenen Kaiserthum gesprochen habe. Die Behauptung der Verfassungswidrigkeit des Zustandekommens der heutigen bayerischen Regierung aber sei durch nichts erwiesen. Über den Ausnahmezustand in Bayern und die neuerdings so scharf gehandhabten Versammlungsverbote werde die Reichsregierung im Rahmen der Verhandlungen über die Entlohnungsfrage mit Bayern beraten, ebenso wie er mit Bremen verhandelt habe. Diese Verhandlungen könnten schliesslich aber erst geführt werden, wenn die Verhandlungen mit der Entente abgeschlossen seien.

Die Not und das Elend in Österreich.

Beim Sitzungsbeginn des österreichischen Nationalrates berichtete der Bundeskanzler über die bisherige Tätigkeit der Regierung, wobei er die beispiellose Verarmung der breiten Massen des Mittelstandes betrauerte, woran vorwiegend die Geldentwertung Schuld trage, die eine unglückliche Folge des unfeligen Friedens von St. Germain sei und deren Kugeln, das verbrecherische Parazitentum der Preisdreißer und Schleichhändler das letzte Mark des Volkes aufzehren. Der Kanzler kündigte die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der Staffelung der Lebensmittelpreise und wegen neuerlicher Einführung der Protokollsteuer an, wodurch die Staatszuschüsse zum Wehlpreis, welche die Hauptursache des Defizits bilden, verringert werden sollen. Er gab ferner die feste Absicht der Regierung bekannt, mit aller Strenge den Rest des inländischen Getreidekontingents einzufordern. Der Bundeskanzler stellte ein allmähliches Fortschreiten der industriellen und gewerblichen Tätigkeit fest, soweit sie nicht vom Bezug von Rohmaterial und Rohstoffen aus dem Auslande abhängig sei. Die Abhängigkeit der Valuta und des Rohstoffbezuges vom Auslande bilde die Hauptquelle der wirtschaftlichen Verelendung. Dagegen habe die Arbeitslosigkeit mindestens stark abgenommen. Es werde überall gearbeitet, wo sich Arbeitsgelegenheit finde.

Das einzige Mittel zur Abhilfe der fortwährenden Preissteigerung, die den auf feste Bezüge in Kronen angewiesenen Österreicher in seiner Lebenshaltung von Tag zu Tag stärker bedrohe, ist und bleibt in erster Linie die ausländische Kredithilfe. Gegenwärtig finden, so viel wir wissen, zwischen den Großmächten der Entente intensive Verhandlungen hierüber statt. Die Regierung hat die Großmacht nicht im unklaren gelassen, daß die österreichische Volkswirtschaft in kürzester Frist zusammenbrechen muß, wenn diese Kredite nicht alsbald bewilligt werden sollten. Das Volk, welches trotz aller Verelendung im allgemeinen die Bemühen seiner Leistungsfähigkeit und Arbeitswilligkeit erbracht habe, unter den schwierigsten Verhältnissen Ruhe und Ordnung bewahrt und sogar den verfassungsmäßigen Wiederaufbau seiner Staatlichkeit größtenteils durchgeführt habe, verdient den Untergang nicht.

Der Vertreter der Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner empfahl, in der zu beschließenden Resolution zu sagen, daß Österreich, nachdem die Entente die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt, frei in seinen Entschlüssen sei. Daher sei von der Regierung zu fordern, daß sie sofort an die deutsche Regierung mit dem Erlauchen herantrete, den von Österreich ausgehenden Anschlag zur Kenntnis zu nehmen. Dadurch werde der Anschlag einfach vollzogen sein. Dieser Willensänderung Österreichs werde sich weder England noch Amerika widersetzen. Redner empfahl die Organisation der Selbsthilfe, die Wiedererrichtung der Ordnung selbst in die bewaffnete Hand zu legen und auch die Gerichtspflege zu übernehmen. Der Delegierte der tschechischen Union stellte zwei Anträge betr. die Einführung der Todes- und Prügelstrafe für Diebe und betr. die sofortige Durchführung der Umwandlung über den Anschlag an Deutschland. Der 1. März soll der Tag des Anschlusses sein.

Kurze polit. Nachrichten.

Neue Gesetzesvorlagen. Im Hauptauschuß des Reichstags gab Reichsminister Koch Auskunft über die im Ministerium ausgearbeiteten Gesetze. Danach ist das Reichsschulgesetz fertiggestellt und wird demnächst dem Kabinett zugehen. Das gleiche gilt vom Jugendwohlfahrtsgesetz. Ein Gesetz gegen die Sühne- und Schuldenliteratur ist in der Bearbeitung abgeschlossen. Das Fortbildungsgesetz ist in Vorbereitung.

Der eigentliche Unternehmer ist der bewährte Wit der Künstlerhauses, Herr Krüsch. Die technische Leitung haben die Herren Hellmut Woesche und Hans Eichardt. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen der beiden Kunstmatr Herrert Keller und Adolf Krapp, die aber beide auch zugleich fürs erste den Hauptanteil an den Darbietungen selbst übernommen haben.

Diese Darbietungen erschöpfen sich in musikalischen und tänzerischen Vorführungen, bei denen der eine, der Maler in höchst origineller Verkleidung als Dame auftritt. Die Vorstellungen zeichneten sich fast alle durch eine gewisse expressionistische Eigenart aus. Es waren Ausdruckskunst im wahren Sinne des Wortes, sofern sie nicht, wie das gelegentlich mandmal geschah, auf das Niveau eines höheren Jotus herabsank. Aber auch dieser höhere Jotus hat natürlich in einem solchen Kabarett seine Heimstätte, und vielleicht ist er es gerade, der vom Gros des Publikums am meisten belächelt wird.

Ganz besondere Anerkennung verdient die Ausstattung des Saales. Hier ist eine Leistung vollbracht worden, die auch rein künstlerisch Beachtung verdient, und eine fast vorbildliche Lösung des innerdekorationsstechnischen Kabarett-Problems darstellt. Die Wandseiten des Saales sind durch mit Pappe überzogene Wände in Nischen abgeteilt.

Diese Zwischenwände haben die Form des Rhombus, nach welcher das ganze Unternehmen benannt ist. Ihre Pappe ist mit allerlei humoristischen, allegorischen und ornamentalen Bildern bemalt, die in ihrer dekorativen Art ganz ausgezeichnet zum Raume passen und höchst stimmungsbekundend wirken. Im Hintergrund einer jeden Nische, an deren Rückwand hängt ein regelrechtes Bild, das, nach expressionistischer Manier gemalt, ebenso wie die Bemalung der Seitenwände der beiden Dekorationskünstler Keller und Krapp ein glänzendes Befähigungsgewissnis ausstellt. Die Nischen sind mit grünen Bäumen flankiert, und von oben hängt ein Lampenherab.

Schon allein aus dieser Schilderung wird der Leser erfahren können, daß es sich hier um ein stilvolles und apartes Unter nehmen handelt, um ein Unternehmen, dem nicht nur der Vergnügungssüchtige, sondern auch der Freund einer heiteren Kunst einen vollen Erfolg wünschen wird.

Berminderung der amerikanischen Besatzungstruppen. Das Kriegsdepartement hat angeordnet, daß die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland von 15 000 auf 8000 herabgesetzt werde.

Die französischen Hosterwerkzeuge. Aus Lambau wird gemeldet, die dortige französische Kommandantur habe bekanntgegeben, daß Mitte Februar wieder afrikanische Truppen zur Besetzung der Pfalz verwendet würden. Bekanntlich wurden die Schwarzweilte November in die französischen Hinterlager abtransportiert.

Bergarbeiter gegen die Kommunisten. Der „Vorwärts“ berichtet aus Halle a. S., daß die Bergarbeiter des Geisel-tales sich jede Einmischung der Kommunisten bei ihren Lohnkämpfen verbitten. In einer Massenversammlung der Bergarbeiter sollte darüber entschieden werden, welche Taktik bei diesen Lohnkämpfen anzuwenden sei. Von kommunistischer Seite wurden die Mehrheitssozialisten beschimpft. Die schließlich angenommene Resolution fordert dazu auf, bei den kommenden Kämpfen nur einer Parole der Gewerkschaften Folge zu leisten.

Wohnungsbauplan in Preußen. Der Hauptauschuß der preussischen Landesversammlung nahm Mittwoch abend einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Baustoffsteuerung an, wodurch 400 Millionen bereit gestellt und damit der Bau von 18 000 Wohnungen ermöglicht wird.

Postbeamtenstreik in Österreich. Der befürchtete Streik der Postbeamten in Österreich ist tatsächlich ausgebrochen.

Das deutsche Eigentum in Belgien. Der Vorstand des Brüsseler Rechtsanwaltsvereins hat seine Mitglieder, die bisher deutsches Eigentum verwalten, ersucht, an der Liquidation des deutschen Vermögens nicht teilzunehmen, weil dies mit der üblichen Anwaltsstätigkeit in Widerspruch stehe. Die Liquidation bringe Pflichten und Verantwortungen mit sich, zu denen man die Rechtsanwälte nicht verpflichten könne.

Italiens Standpunkt in der Entwaffnungsfrage. Ebenso wie der „Messaggero“ bringt die „Tribuna“ nun jenen offiziellen Leitartikel, in dem die Notwendigkeit betont wird, daß Frankreich in der Entwaffnungsfrage und bei der Festsetzung der deutschen Schuld nachgibt. Italien betrachte diese Auffassung nicht aus Deutschfreundlichkeit, wie die Franzosen meinten, sondern im wahren Interesse Frankreichs.

Badische Ueberlicht.

Die staatliche Gebäudeversicherungsanstalt.

LPD. Abg. D. Mayer hat im Landtage folgende kurze Anfrage eingebracht: Im Staatsvoranschlag (11. Nachtrag), Arbeitsministerium (Ausgabe III 12) ist die Landesversicherung Baden mit der Bemerkung „Die Bezüge der Beamten werden aus der Anstaltskasse bezahlt“ aufgeführt. Also obgleich Steuer oder sonstige Staatsmittel für sie nicht aufgewendet werden, auch der Staat von ihr keine Einnahme hat. Ebenso ist auch der Badische Frauenverein behandelt. Dies Verfahren ist ganz sachgemäß, denn der Staatsvoranschlag soll u. a. auch dazu dienen, alle staatswichtigen und staatsnotwendigen Einrichtungen vor Augen zu führen, um der Volkswirtschaft Gelegenheit zu Ankerungen zu geben. Wäre es nicht angeeignet, ebenso bezüglich der Gebäudeversicherungsanstalt, die gewiß ebenso wichtig ist, wie viele anderen Staatseinrichtungen zu verfahren, zumal diese Anstalt hinsichtlich der Gebäudeversicherung war und ihr Umlageverfahren bezüglich der Höhe der Umlagen einschneidend geändert worden ist?

Die Landesbrennholzstelle.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In einer Zuschrift aus dem Dinggau war in den „Konstanzer Nachrichten“ Beschwerde darüber geführt, daß die Landesbrennholzstelle für jeden an die Gemeinde zur Versorgung des Hausbrandes zugewiesenen Ster Brennholz eine Zuweisungsgelbst von 10 M. erhebe.

Diese Regelung ist auch in andere Blätter, auch Karlsruher Tageszeitungen übergegangen. Sie ist unrichtig.

Nach Maßgabe des § 9 der VO. v. 20. Mai 1920 G. und RM. E. 232) erhebt die Landesbrennholzstelle zur Bedienung ihrer Verwaltungskosten für jeden Ster Brennholz eine Gebühr von 10 Pfennig, nicht also 10 M. — Es ist ebenso falsch, wenn behauptet wird, die Landesbrennholzstelle sei eine Kriegesgesellschaft. Die Landesbrennholzstelle ist eine behördliche Einrichtung und untersteht der Domänenabteilung des badischen Finanzministeriums.

Finanzminister Dr. Wirth und die Eisenbahnergewerkschaft.

LPD. Die „Freiburger Tagespost“ veröffentlicht eine Zuschrift des Reichsfinanzministers Dr. Wirth, in der er sich mit Ausführungen beschäftigt, die in der öffentlichen Eisenbahnerversammlung im Löweneller in Freiburg am 8. Januar gemacht wurden. Es heißt darin: „Der scharfe Ton, den die Redner der Christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner gegen den Reichsfinanzminister anzuheben belieben, überrascht mich nicht. Es geht jetzt ein derartiges Gemitter über mich her, daß es auf einige „Sprüche“ mehr nicht ankommt. Wie aus den Zeitungen bekannt, hat das Reichskabinett, d. h. die Reichsregierung, in der Sitzung vom 2. Januar entgegengekommen. Dieser Bericht ist in meiner Abwesenheit aus hochpolitischen Gründen gefaßt worden. Ich habe lediglich dazu nachträglich Stellung genommen. Auffallend ist die überaus scharfe Ablehnung, die die Vereinbarungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Gewerkschaftsauschuß von Gewerkschaftssekretär Hoß gefunden habe. Nach dem Bericht der „Volkswacht“ werden die Vereinbarungen als „geradezu verwerflich“ bezeichnet. Nach dem Bericht der „Tagespost“ seien die Zugeständnisse nur eine „berednerische Wade“. Es fehlt mir ein passender Ausdruck, um diese weit über jedes Maß der Kritik hinausgehende Mißbilligung zu bezeichnen. Wohin sollen wir in der Gewerkschaftsbewegung kommen, wenn Vereinbarungen zwischen Spitzenorganisationen der Eisenbahner und dem Reichsverkehrsministerium als „verwerflich“ bezeichnet werden. Ich hand als Reichsfinanzminister, wie schon betont, diesen Vereinbarungen fern. Sie sind mir einfach als Tatsache zur Kenntnis gekommen. Ich betrachte es als meine Pflicht, dem Gewerkschaftssekretär Klauke aus Mainz zu widersprechen. Nach dem Bericht der „Volkswacht“ führte Herr Klauke aus: „Es sei unethisch vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth, das Eisenbahnerpersonal für das Defizit verantwortlich zu machen.“ Ich weiß nicht, woher Herr Klauke seine Weisheit genommen hat. Meines Erachtens hat er den Vorwurf gegen mich aus den Fingern gezogen, um mich milde auszuordnen. Es scheint wohl bei manchen Piloten nicht mehr üblich zu sein, zuerst

die Reden eines Ministers, der in einer verantwortlichen Stelle steht, durchzulesen, ehe man Anklagen gegen ihn erhebt.

Verband der südwestdeutschen Presse.

Der Verband der südwestdeutschen Presse im Reichsverband der Deutschen Presse hielt am 9. d. M. in Mannheim seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab, die aus den einzelnen Bezirksgruppen, auch aus dem neu angeschlossenen Pfälzer Presseverband, sehr gut besucht war. Den Geschäftsbericht und den Bericht über die Tagung des Reichsverbandes in Köln im Zusammenhang mit der Gehaltsfrage erstattete der Vorsitzende, Chefredakteur Scheel (Mannheim), indem er darlegte, welche Schritte im einzelnen von dem Geschäftsführenden Ausschuß unternommen worden sind, und welches Ergebnis seine Bemühungen um die Schaffung eines Tarifgesetzes bisher gehabt haben. Es wurde nach einer ausgedehnten Aussprache, an der sich die Mitglieder aus allen Bezirken lebhaft beteiligten, folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die Hauptversammlung des Verbandes der südwestdeutschen Presse betrachtet die alsbaldige Regelung der Gehaltsverhältnisse der badischen und pfälzischen Redakteure durch Schaffung eines Tarifgesetzes als unerläßliche Notwendigkeit. Eine weitere Verzögerung würde die schlimmsten Folgen nach sich ziehen, da die derzeitigen Gehälter der badischen und pfälzischen Redakteure nicht im entferntesten den Lebensverhältnissen entsprechen und die Redakteure an der Grenze ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit angelangt sind.“

Die Hauptversammlung behauert tief den ablehnenden Standpunkt der Verleger-Organisation zur Schaffung eines Tarifs, wie er bei den Verhandlungen am 26. Mai 1920 und in der Folgezeit zum Ausdruck gekommen ist.

Sie beauftragt die von ihr eingesetzte Tarifkommission, alsbald mit den zuständigen Stellen der Verlegerorganisation in neue Verhandlungen einzutreten. Von den Verlegern erwartet die Hauptversammlung, daß sie in Würdigung der großen Notlage der Redakteure sich zum Abschluß eines Tarifgesetzes bereit erklärt, wie das in der großen Mehrheit der übrigen deutschen Länder bereits geschehen ist.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen und der Geschäftsführende Ausschuß beauftragt, ihn beim Hauptverband des Reichsverbandes zu vertreten:

„Der Verband wird beauftragt, sofort Schritte zu unternehmen, um den Anschluß unserer Organisation an den Beamtenbund oder eine andere geeignete Körperschaft herbeizuführen.“

Es wurde ferner beschlossen, eine Tarifkommission in der Weise zu bilden, daß aus jeder Bezirksgruppe ein Vertreter in sie entsendet wird, und daß der Vorsitzende des Verbandes ihn angehört soll. Den Obmann der Tarifkommission soll diese selber bestimmen.

Den Rassenbericht erstattete das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, Redakteur Goller (Mannheim), der insbesondere darauf hinwies, daß jede Tätigkeit des Verbandes in ihrem Erfolge von der regelmäßigen Beitragszahlung der Mitglieder abhängig ist.

In der Organisation des Verbandes sollen nach den Beschlüssen der Hauptversammlung neue Wege beschritten werden. Zunächst wird beschlossen, daß der Geschäftsführende Ausschuß unverbindliche Verhandlungen mit dem hiesigen Verbande anknüpfen soll, mit dem Ziele des Anschlusses der Hessen an den Verband der südwestdeutschen Presse, wozu die Hessen bereits ihre Geneigtheit bekundet hatten und auch durch ihren an der Hauptversammlung teilnehmenden Vorsitzenden, Dr. Waldhölzel (Darmstadt), erneut bekundet liegen.

Die bisherige Organisation des Verbandes der südwestdeutschen Presse bleibt insofern die alte, als sowohl der Landesverband badischer Redakteure wie der Verband pfälzischer Redakteure in ihrer Selbständigkeit in bezug auf rein badische und rein pfälzische Angelegenheiten erhalten bleibt und keine Änderung an dem bewährten System der Bezirksgruppen-einteilung eintritt. Um eine engere Fühlungnahme zwischen den Mitgliedern in den einzelnen Landesteilen zu erreichen, soll ein Vertreterauschuß gebildet werden, welcher in allen wichtigen Fragen mit zu entscheiden hat und mindestens zweimal jährlich zusammenkommen soll. Die einzelnen Bezirksgruppen haben das Recht, auf je 10 Mitglieder einen Vertreter in den Ausschuß zu entsenden, wobei mehr als fünf Mitglieder gleich gerechnet werden. Die Hauptversammlungen haben wie bisher jährlich zu tagen, jedes Mitglied hat ein Stimmrecht. Jede Bezirksgruppe hat dabei das Recht, ihre an der Hauptversammlung teilnehmenden Mitglieder mit der Vertretung mehrerer Mitglieder zu betrauen, jedoch mit der Beschränkung, daß niemand mehr als 4 Stimmen führen kann.

Bei der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses wurde der bisherige Vorsitzende, Chefredakteur Alfred Scheel, einstimmig als solcher wiedergewählt, ebenso der Kassier, Redakteur Goller. Zum Schriftführer wurde an Stelle des wegen anderweitiger Überlastung ausscheidenden Mitgliedes Oskar Gied der Vorsitzende der pfälzischen Teilvergänger, Dr. Engstrom (Ludwigsbafen), gewählt, zu seinem Stellvertreter das Mitglied H. Schönefelder (Mannheim).

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Stählings (Amt Donnorf), 13. Jan. In Oberlauterbach wurden von einigen Tagen drei Salbarfahrgewerkschaften festgestellt. Es soll sich um Mitglieder einer weit verzweigten Bande handeln, der man auf die Spur gekommen ist. Wie es heißt, soll der Wert des beschlagnahmten Salbarfahrs über 2 Millionen Mark betragen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 1 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachung: des Staatsministeriums: die Prüfungsordnung für das höhere Lehramt; die Vorbildung und Prüfung der mittleren Bibliothekbeamten; die Anstellung der Staatsärzte; zur Änderung der landesherrlichen Verordnung die Leistung des Gewissens- und Schöffendienstes betreffend vom 11. Juli 1879; die Einrichtung der höheren Lehranstalten; des Ministeriums des Innern: die Arzneitaxe; die Badische Bank; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die Kosten der Verpflegung von Kranken in den psychiatrischen Kliniken zu Heidelberg und Freiburg.

Kraftwagenunfall.

Auf dem Bahnhof Rot-Malsch ist gestern Vormittag 6.30 Uhr der staatliche Personentransportwagen beim Füllen mit Brennstoff aus bis jetzt unangeklärter Ursache verbrannt. Der Kraftwagenführer hat sich beim Lösungsversuch Brandwunden zugezogen.

LPD. Weiskel (M. Tauberbischofsheim), 13. Jan. Der Bürgerausschuß hat in seiner letzten Sitzung die Erstellung einer Gemeindefeuerleitung mit einem Kostenaufwand von rund 900 000 Mark einstimmig genehmigt.

Mannheim, 11. Jan. Aus dem berüchtigten Gefangenenlager Avignon kamen am Dienstag wieder 13 Kriegsgefangene hier an, die französischerseits wegen geringfügiger Vergehen, wie Mordraub oder ähnlichem, schon mehrere Jahre als Strafgefangene behandelt wurden. Auf eine vom hiesigen Volksbund an Millerand und Foch ergangene Bitte, um die endliche Freigabe der in Avignon festgehaltenen Gefangenen zu erreichen, sind die jetzt Angelommenen, die insgesamt 213 Monate abzusitzen gehabt hätten, vorzeitig freigelassen worden. Es handelt sich mit einer Ausnahme durchweg um bayerische Staatsangehörige. Sie geben zu, daß am 31. Dezember eine weitere Verfügung eingelaufen ist, in der Auskunft über die Gefangennahme und Führung der deutschen Gefangenen angefordert wird zwecks „bedingter Begnadigung“. Öffentlich können nun auch die übrigen 200 Deutschen, die noch in Avignon schmachten, diesen Heimgelehrten bald folgen.

LPD. Heilsheim b. Bruchsal, 13. Jan. In einer der letzten Nächte wurden aus dem Stalle eines hiesigen Fabrikanten zwei große Fuchspferde im Werte von 45 000 Mark gestohlen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Pferde über den Rhein nach der Pfalz verbracht worden sind.

Achern, 11. Jan. Die Schutzhütte auf dem Hochbühl ist vollständig niedergebrannt. Wahrscheinlich liegt Brandstiftung vor.

LPD. Freiburg, 13. Jan. Die Unterschlagungen bei den Notstandsarbeiten im hiesigen Rieseltal beschäftigten die Strafkammer. Der 23jährige verheiratete Techniker Wilhelm Bögle aus Mannheim hatte als Aufseher bei den Notstandsarbeiten auf dem Rieseltal die Stadt Freiburg um Summen in Höhe von insgesamt 140 000 Mark betrogen. Das Geld hatte er mit einer Freundin vergeudet. Die Strafkammer verurteilte den Bögle zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

LPD. Freiburg, 13. Jan. Wie aus Basel berichtet wird, hat der in Basel verhaftete 33jährige Kaufmann Ludwig Rutschler aus Gerolzhofen bereits zugegeben, den Raubversuch im Schnellzuge Basel-Freiburg begangen zu haben. Rutschler hatte am Abend seiner Tat den Schnellzug mit einem in einen Strumpf gewickelten Hammer bestiegen und damit den überfaenen Referendar Walter Jäglin aus Neuwied durch Schläge betäubt. Das geplante Verbrechen scheiterte an der Gegenwehr des Angegriffenen.

Aus der Landeshauptstadt.

Weihnachtsfeier der Karlsruher Polizeibeamten. Daß auch die sonst so ernsthaften Polizeibeamten frohe Feste begehen können, zeigte die am Sonntag im großen Saale des Friedrichshofes stattgefundene Weihnachtsfeier des Vereins Karlsruher Polizeibeamten. Man berichtet uns darüber: Tausende von Personen hatten sich dazu eingefunden und der Saal leuchtete bei weitem nicht aus, als die Einlaß bescheidenden aufzunehmen. Unter den Ehrengästen sah man den Minister des Innern Kemmel, den Amtsvorstand Oberamtmann Schabbe, Oberbürgermeister Dr. Finter, ferner die Herren Ministerialrat Leers, Landgerichtsrat Deinsheimer, Staatsanwalt Schneider u. v. a. m. Ein ungewöhnlich reiches Programm, um dessen Zusammenstellung sich der 1. Vorsitzende, Herr Polizeiwachmeister Buhles besondere Verdienste erworben hatte, füllte den Nachmittag und Abend. Von den einzelnen Programmnummern wärd zunächst die ausgezeichneten Darbietungen der eigenen Kapelle des Vereins zu nennen, die ein eminentes Können zeigte. Martig und seelenvoll sprach Fr. Friedel Peter alsdann einen auf die Festveranstaltung abgestimmten Prolog. Der Männerchor des Vereins zeigte seine Kunst in dem wunderschönen Baumannschen Lied „Weihnachten im Waldkirchlein“. Er erfüllte die ihm gestellte, nicht leichte Aufgabe mit solcher Eingabe und Präzision, daß die Anwesenden in spontanen stürmischen Beifall ausbrachen. Unter Leitung ihres feinsinnigen Dirigenten, Herrn Gewerbehauptlehrers Dalschow, erfreute die wadere Sängerschaft die Festteilnehmer im weiteren Verlauf des Abends durch eine Reihe weiterer prächtiger Vorträge.

Der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Polizeiwachmeister Buhles, gedachte in einer zündenden Begrüßungsansprache der Bergangenheit, Gegenwart und Zukunft und gab der hoffnungsvollen Erwartung Ausdruck, daß das gute Einvernehmen zwischen Behörden, Polizeimannschaft und Allgemeinheit das sich auch beim heutigen Feste wieder deutlich bewiese, stets erhalten bleiben möge. Wundervolle Stimmung atmete dann das von den Damen: Kimmner, Schwey und Gittinger in Wort und Bild brillant gebotene Weihnachtsstück „Das goldene Herz“ dem sich in einem späteren Einlaß „Der Nachtwächter“ ein fröhliches Pendant anschloß. Was hierbei Fr. Josef Peter, im Verein mit den Herren Schurr, Gölzer und Käring an humorvoller schauspielerischer Kleinarbeit leistete, bewies, daß der Verein Kräfte von hervorragender Begabung umschließt. Dies gilt auch von den gefanglichen Darbietungen von Fr. Thorwart und Herrn Steinöl, die auf wirklich beachtenswerter künstlerischer Höhe standen. Aber nicht nur das Gebiet der darstellenden und der Lontun stieß der Verein zu schätzen und zu pflegen, er hat auch eine Abteilung, die in der Ausübung gefunder körperlicher Übungen unseren Turn- und Sportvereinen in nichts nachsteht. Der Beweis hierfür wurde treffend in den hervorragend exakten und schönen Marmorgruppen und Pyramiden, in den kombinierten Stab- und Reulenübungen sowie bei den in gleicher Sicherheit selten gesehenen Miststabsbinden gegeben. Den Herren Krämer und Wilmmaier, welche die Leitung dieser Vorführungen hatten, sei ein besonderes Wort der Anerkennung gezollt. So verlief das ganze Programm von der ersten bis zur letzten Nummer zur vollsten Zufriedenheit aller Anwesenden, und wer dann später bei der Verlosung aus dem Gabentempel noch eines der reichen Geschenke mit nach Hause nehmen konnte, wird diese so glänzend verkaufene Veranstaltung unserer Karlsruher Polizeibeamten sicher noch besonders lange mit freundlichen Gefühlen denken. Daß ein flotter Tanz die Festteilnehmer auch nach der Abwicklung des offiziellen Programms noch einige Stunden beisammenhielt, sei nur nebenbei erwähnt.

Verchiedenes.

* Aufgehobene Zollsenjur. Vor einigen Wochen beschlagnahmte die Münchener Zollbehörde Sendungen deutscher Bücher und zwar die Werke, deren Titel das Wort Liebe enthält; auch Ewald Gerhard Seeligers bekannter Roman — die Herstellung der Liebe — fiel hierbei der Zollsenjur zum Opfer. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat jetzt die Beschlagnahme des Romanes durch demontiert, daß sie Seeligers Werk „Herstellung der Liebe“ wieder freigegeben hat.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 11. Dezember d. J. den Kostenrevisor Karl Deng beim Justizministerium zum Landgericht Karlsruhe berufen...

Vom Justizministerium ist unterm 3. Dezember d. J. Gerichtsassessor Dr. Josef Dienst aus Erberg als Rechtsanwalt beim Amtsgericht Donaueschingen...

Das Ministerium des Innern hat unterm 17. Dezember d. J. den Oberverwaltungssekretär Robert Felsbauer beim Bezirksamt Pforzheim auf Ansuchen aus dem Staatsdienst entlassen...

Die Mitbenutzung von Typennummern der Kesselapparate der Firma Paul Bilinski Woltersdorf-Ludenwalde durch die Firma Thieme und Lange in Leipzig betr.

Auf Antrag der technischen Aufsichtskommission für die Unternehmung und Prüfstelle des deutschen Kesselvereins wird für die Republik Baden der Firma Thieme und Lange in Leipzig in widerruflicher Weise gestattet...

Amtliche Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr. In den Gemeinden Klantenloch, Wüchig, Liebolsheim und Spöck, Amt Karlsruhe, ist die Maul- und Klauenseuche erloschen...

Badisches Landestheater.

Samstag, 15. Januar 1921: 7-9 Uhr. 12 Mk. Uraufführung: Der Freispruch. Dramat. Dichtung in 3 Akten von Fritz Droop.

Im Landestheater. So. 16.: Lohengrin. 5/2. (20.-) - Mo. 17.: Volksbühne. J 2. Der Evangelist. 7. (14.40, nur Stehplätze vorhanden.) - Die 18.* Fräulein Witwe. - Scharmützel. - Lottchens Geburtstag. 7. (12.-) - Mi. 19.* Schilermiete-Vorstellung. A 3. Die Räuber. 6. (12.-) - Do. 20.* Der Freispruch. 7. (12.-) - Fr. 21.* Lakmé. 7. (17.-) - Sa. 22.* Zum ersten Male. Zwangselnquartierung. Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. 7. (14.40.) - So. 23. Cavalleria rusticana. - Der Bajazzo. 6 1/2. (20.-) Mo. 24.: Volksbühne. J 3. Der Evangelist. 7. (17.00, nur Stehplätze vorhanden.)

Im Konzerthaus. So. 16.* Nennzehnhundertneunzehn 7. (11.-) - Die 18.: Volksbühne. H 5. Die Räuber. 7. - Sa. 22. Volksbühne. K 4. Volks-Sinfonie-Konzert. 7 1/2. - So. 23.* Fräulein Witwe. - Scharmützel. - Lottchens Geburtstag. 7. (11.-) Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 15. nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 17. an.

Tüchtig. Reisender

der möglichst die Kolonialwarengeschäfte von Karlsruhe und Umgebung schon erfolgreich bereist hat, wird zum Besatz besserer Kundschafft von leistungsfähiger Großfirma per sofort gesucht.

Sofort beziehbar!

In gr. Industriestadt des Weisgaus Wohnhausm. Fabrikgebäude mod. inst. gr. Hof mit zwei Einfahrten, für jeden Zweck geeignet, preiswert zu verk. Näh. u. Nr. 1434. Föhler & Co., Immobilien, München, Prielmayerstraße 10. Telefon 51519.

Expres-Begleitadressen

(Eisenbahn-Pakettkarten) Frachtbriefe Gilfrachtbriefe in neuester Fassung liefert billig, bei größerem Bedarf mit Preisermäßigung

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe, Karlsruherstraße 14. (Schalterraum.)

unter den Typennummern J 30 und K 12 in den Größen 1-4 zugelassenen Kesselapparate Modell D derselben Typennummern mitzubehalten. Die Firma Thieme und Lange beginnt mit der Fabrikationsnummer 6000.

Für die Mitbenutzung gelten jeweils die von der technischen Aufsichtskommission vorgezeichneten, den Aufsichtsbehörden mitgeteilten Bedingungen.

Karlsruhe, den 7. Januar 1921. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: J. A. Höhrnbach. Deau.

Errichtung von Finanzämtern. Mit dem 1. Februar d. J. wird der Steuerkommissariatsdienst Bruchsal aufgehoben und mit dem Finanzamt Bruchsal vereinigt. Das Finanzamt wird dadurch als Finanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet.

Sein Geschäftsbezirk umfasst den Amtsgerichtsbezirk Bruchsal und bis auf weiteres auch den Amtsgerichtsbezirk Philippsthal. Das Finanzamt übernimmt die Geschäfte des bisherigen Finanzamts Bruchsal mit Ausnahme der Geschäfte der Zölle und Verbrauchssteuern sowie der bad. Fleischsteuer, ferner die Geschäfte des bisherigen Steuerkommissariatsdienstes Bruchsal. Der Steuerkommissariatsdienst Philippsthal besteht als Zweigstelle des Finanzamts Bruchsal einzuweisen weiter und besorgt die Veranlagung zu den direkten Steuern im Amtsgerichtsbezirk Philippsthal und den zum Amtsgerichtsbezirk Bruchsal gehörigen Gemeinden Forst, Hambrücken, Karlsdorf, Kronau und Neuthard.

Karlsruhe, den 8. Januar 1921. Der Präsident des Landesfinanzamts.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1921 an werden die Gemeinden des Amtsbezirks Pfullendorf vom Steuerkommissariatsbezirk Meßkirch losgelöst. Von den Gemeinden des Amtsbezirks werden die Orte Kattenweiler, Heiligenberg, Herdwangen, Gbratsweiler, Illmensee, Illwangen, Ruchweiler, Schöndach und Winterfulgen dem Steuerkommissariatsbezirk Überlingen, die übrigen dem Steuerkommissariatsbezirk Stodach zugeteilt. Auf den gleichen Zeitpunkt werden die dem Steuerkommissar für den Bezirk Stodach zugeteilten Gemeinden des Amtsbezirks Pfullendorf vom Bezirk des Finanzamts Überlingen losgelöst und dem des Finanzamts Stodach zugeteilt.

Die Landesbehörden werden wegen des Anlasses von Justiz- oder Polizeifällen hierauf besonders aufmerksam gemacht. Karlsruhe, den 31. Dezember 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Errichtung von Finanzämtern.

Auf 10. Januar d. J. wird in Lörrach ein Finanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfasst den Amtsbezirk Lörrach. Das Finanzamt übernimmt die Geschäfte des bisherigen Hauptsteueramts Lörrach mit Ausnahme der Geschäfte wegen der Zölle und Verbrauchssteuern sowie der bad. Fleischsteuer, ferner die Geschäfte der bisherigen Steuerkommissariatsdienste Lörrach und Randern, die gleichzeitig aufgehoben werden.

Das Finanzamt ist in der sogenannten Villa Fobrer gegenüber dem Bahnhof Lörrach untergebracht. Karlsruhe, den 5. Januar 1921. Landesfinanzamt.

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. veranstaltet vom Deutschen Hygienemuseum Dresden u. d. Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Städtische Ausstellungshalle. 16. Januar - 6. Februar 1921. Eröffnung Sonntag, den 16. Januar, 10 Uhr vormittags.

Dankfagung. Die Mitglieder der Ortsgruppe Karlsruhe und Umgebung von Bund erblindeter Krieger e. V. sprechen den edlen Gebern der zahlreichen Weihnachtsgeschenke den herzlichsten Dank aus. Karlsruhe, den 10. Januar 1921. Die Leitung: Böhle, Hauptlehrer.

Eil-Angebot! Sof. beziehbar Herrschafts-Villa in 11 ger. Zimmern u. Neben. mod. inst. Garage, Kleintierstall, Pferdestall, m. Durcheinander, parkähnl. Gart. bei hoh. Anz. äußerst preiswert zu verkaufen. Näheres u. Nr. 1405. Föhler & Co., Immobilien, München, Prielmayerstr. 10. Telefon 51519.

Fräulein sucht Stellung als Wirtschaftlerin zum 1. Februar 1921 in frauenlosen Haushalt. Gest. Off. an M. Raucher, Nikolausstr. bei Berlin, Gertrudstr. 8.

Die Gemeinnützige Bau-Genossenschaft Gartenvorstadt Grimwinkler e. G. m. b. H. Geschäftsstelle Karlsruhe, Forchheimerstr. 27 zählte am 1. Januar 1920 444 in das Register der Genossenschaften im Bad. Amtsgericht eingetragenen Mitglieder.

Diese 444 Mitglieder hatten bis zum 1. Januar 1920 1045 Geschäftsanteile à M. 200.- = M. 209.000.- in die Kasse der Genossenschaft bezahlt. Die Postsumme der Genossen beträgt infolgedessen ebenfalls M. 209.000.-

Bürgerliche Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. Aufgebot. B 351.2.2 Heidelberg. Die Rechtlich Adm. Wahr Ehefrau, Sophie Margarete geb. Wagenmann in Heidelberg, Akademiestr. 6, hat das Aufgebot des zu ihren Gunsten ausgestellten Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Heidelberg Band 51 Heft 7 III Abteilung Nr. 4 auf das Grundstück Bg. Nr. 725 der Gemarkung Heidelberg (Akademiestr. 6) eingetragene Hypothek für Darlehen in Höhe von 5000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

Diensstag, 10. Mai 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird. Heidelberg, 5. Jan. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts S.

waiste und mittellose ledige Tochter, die im Begriffe steht, sich zu verheiraten, so hat diese die verfügbaren Zinsüberschüsse zur Aussteuer zu empfangen. Den innerhalb drei Wochen einzureichenden Bewerbungen sind außerdem Nachweise über die Vermögensberechtigung durch Abstammung, Staatsangehörigkeit u. Religionsbekenntnis, auch Geburts-, Sitten- und Vermögenszeugnisse, sowie Schul- u. Studienzeugnisse aus neuerer Zeit beizulegen. Pforzheim, 12. Jan. 1921. Der Stadtrat als Stiftungsrat.

Balantes Stipendium. Das Zinsenerträgnis der Rosch'schen Stiftung für das Jahr 1920 ist zu vergeben. 3.824. Genußberechtigt sind nur Glaubensgenossen der evangel. protestantischen Kirche während ihrer Studienjahre auf einer Universität, Akademie, dem evang. Predigerseminar oder der technischen Hochschule. Studierend, welche aus Pforzheim gebürtig sind, gebührt der Vorzug vor allen anderen und nächst diesen den Angehörigen der Markgraffschaft Baden-Durlach. Bei sonst gleichen Verhältnissen sind die Dürftigeren vor den Vermöglicheren zu berücksichtigen. Den innerhalb 3 Wochen einzureichenden Bewerbungen sind außer den Nachweisen über Staatsangehörigkeit und Religionsbekenntnis auch Geburts-, Sitten- und Vermögenszeugnisse sowie Schul- u. Studienzeugnisse aus neuerer Zeit beizulegen. Pforzheim, 11. Jan. 1921. Der Stadtrat als Stiftungsrat.

Zwangsversteigerung. Samstag, den 15. Januar 1921, vormittags 11 Uhr, werde ich in Fahr, Pfandlokal Schloßplatz 22, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 3. Singer Nähmaschinenmaschinen, 1 Kettenstichmaschine, 1 Stanzmaschine. Jahr, 12. Januar 1921. Raich, Gerichtsvollzieher.

Gemeinnützige Holzvertriebs-Gesellschaft mit beschr. Haftung Karlsruhe in Karlsruhe (Baden). Durch Beschluß der Gesellschaft vom 3. Januar 1921 ist die Gesellschaft aufgelöst. Hafendirektor Jakob Sebold, Karlsruhe, ist alleiniger Liquidator. B.404.3.2. Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen anzumelden. Karlsruhe, 12. Jan. 1921. Der Liquidator: Sebold, Werkstr. 2.

Stipendium. Die Erträgnisse der Wilberding'schen Familienstiftung vom Jahre 1920 sind zu vergeben. Bestimmt sind dieselben zu einem Stipendium für den Besuch einer höheren Gelehrtenschule, einer Universität, technischen Hochschule oder einer Kunstakademie, sowie zur Verrichtung von Schul- und Lehrgeldern. 3.821. In erster Reihe sind die männlichen Nachkommen des Vaters des Stifters, Christoph Wilberding, Christoph Wilberding u. hochfürstlichen Hof- u. Stadtplatzers (gest. 1734), und des Großvaters der Stifterin Bürgermeister Christoph Deimling (gest. 1733), und zwar die wirklichen Träger dieser beiden Familiennamen, zum Bezug berechtigt.

Balantes Stipendium. Das Zinsenerträgnis der Geiger'schen Stiftung für das Jahr 1920 ist zu vergeben. 3.823. Genußberechtigt sind Bürgersöhne hiesiger Stadt, welche der evang.-protestant. Kirche angehören. Denjenigen, welche aus der Geiger-Weerwein'schen Familie abstammen, gebührt der Vorzug und gehen die Unvermöglichen den Vermöglichen im Range vor. Dreiviertel des Reinertrags der Stiftung erhält derjenige Nachkomme der Geiger'schen Familie, der zur Umwandlung übergeht, um sich dem Studium der Theologie zu widmen, oder sofern kein Bewerber Geiger'scher Abkunft vorhanden ist, derjenige unvermögliche Bürgersohn, der sich dem Studium der Theologie widmet u. über Vorkenntnis, Befähigung und sittliches Betragen sich am meisten betrieblig auszuweisen vermag. Den innerhalb 3 Wochen einzureichenden Bewerbungen sind außer den Nachweisen über die Vermögensberechtigung durch Abstammung, Staatsangehörigkeit und Religionsbekenntnis auch Geburts-

Ruhholzwertauf. Bad. Forstamt Oberweiler bietet aus Domänenwaldungen zum Verkauf aus der Hand an: 1. La. Estermann u. Abj. 11.11.11. 84.71 fm. Buchen I-V. Kl. 27.90 fm. Bsp. 1. u. 111. Kl. 3.14 fm. 2. u. 111. Kl. 12.86 fm. 11. u. 111. Kl. 6.34 fm. La. Bault. I. u. Verbst. 111. 133 fm. Angebote sind bis spätestens Mittwoch, 26. Januar 1921 beim Forstamt einzureichen. Losvergeichnisse durch das Forstamt.

Güterverkehr bad.-schweizer. Ziehergänge-Schweiz. Auf 1. Januar 1921 ist Biff. 3c der Bestimmungen des gemeinsamen schweiz. Ausnahmetarifs Nr. 4 (Prot. u. h.) betr. die Ebur-Arosa-Bahn geändert worden. Näheres in unserem Tarifanzeiger. Karlsruhe, 21. Jan. 1921. Eisenbahn-Generaldirektion.